

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/179

Bonn, den 20. September 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Seiten</u>
1	<u>Selbstgefällig</u> Eines Kanzlers Fernseh-Interview	45
1a	<u>Die Reise nach Amerika</u> Ist Erhard noch ein Verhandlungspartner ?	33
2 - 3	<u>SEIN UND WIRKLICHKEIT</u> Anmerkungen zur Verfassung unserer Verfassung Von Klaus Voigt	96
4	<u>Harde Brecken für die CDU/CSU</u> Umbruch im deutschen Katholizismus	48
5	<u>Unnötige Gefahren</u> "Blindfahrer" auf deutschen Straßen Von H.G. Ritzel	41
6	<u>Spaniens Kommunisten geben sich "unabhängig"</u> Ein spät bekannt gewordenes "rumänisches" Kommuniqué Von unseren HD-I-Korrespondenten in Madrid	33

+ + +

Selbstgefällig  
-----

Eines Kanzlers Fernseh-Interview

G.H. - Wenn man Bundeskanzler Professor Erhard im Kanzler-Burgalöw - übertragen durch das Fernsehen - so vor sich hinreden hört, gewinnt man den Eindruck eines Mannes, der sich und alles, was er tut oder nicht tut, für hervorragend hält. Wahrscheinlich fühlt er sich auch unfehlbar. Gesetze und wissenschaftliche Gutachten, an denen er nicht mitgewirkt hat, betrachtet er als sein Werk. Innen- und außenpolitische Schwierigkeiten sind auf die internationale Lage zurückzuführen. Beinahe entschuldigend hatte der Interviewer Günter Gaus vom Deutschen Fernsehen vor der Sendung bereits angekündigt, er wolle und könne den Kanzler nicht in Bedrängnis bringen, es werde kein "Catch-as-catch-can" geben. Und so war es dann auch.

Sanft säuselnd wie die Wellen des Tegernsees an einen lieblichen Sommerabend stellte sich ein Kanzler vor, der rundherum alles rund sieht. Krisen? - Unsinn! Das sind die Funktionäre, die als Interessenvertreter den Angehörigen ihres jeweiligen Verbandes alles Schwarz in Schwarz malen. Die Wahlniederlage der CDU in Nordrhein-Westfalen? - Halb so wild! Da hat man auch die Krise künstlich hochgezogen. Kein Wort für die Kumpels im Bergbau, kein Wort für die Stahlarbeiter, kein Wort zu der Tatsache, daß Bundes- und Landesregierung trotz der Warnungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie die Entwicklung einer modernen Energiepolitik abgelehnt haben.

Nach dem, was die Menschen im Lande draußen bedrückt, wurde der Bundeskanzler gar nicht erst gefragt. Die Probleme des Wohnungsbaus, die Mietpreise, die Verkehrsmisere, fehlende Krankenhäuser und unser Bildungswesen - nicht gefragt. Der Kanzler brauchte deshalb auch nicht zu antworten. Er hat aber über dreihundert Professoren zur Verfügung, die mitarbeiten, Gutachten erstellen und auch noch einiges andere für den Herrn Bundeskanzler tun. Sogar privat unterhält sich der Bundeskanzler gelegentlich mit Wissenschaftlern und Intellektuellen. Wie gesagt, es ist alles rund.

Auch in Washington wird es keine Überraschungen geben. Die Unterredungen mit Präsident Johnson würden in einem Geist vor sich gehen, der "keine echte Sorge rechtfertigt". - Da fragt sich der Dale nur, warum Erhard und sein Gefolge überhaupt nach Washington reisen.

Unruhe gibt es natürlich in unserem Volk, aber man dramatisiere das alles zu sehr. Im übrigen stimme "die Unruhe mit der Wirklichkeit in gar keiner Weise überein".

Und so ging es weiter. Selbstgefällig bis zur Selbstaufgabe, träumerisch in sich versunken und - vielleicht - nachdenkend über die Undankbarkeit der Menschen. Daß die eigenen Parteifreunde ihr in die Zange genommen haben, öffentlich und sehr robust, daran sind nur die Ferien schuld. Da war jeder auf sich allein gestellt. Aber jetzt stehe die Partei wieder hinter ihm...

Da kann man nur sagen, diese Sendung verdient den Titel "Kaifuß man sein".

## Die Reise nach Amerika

### Ist Erhard noch ein Verhandlungspartner ?

sp - Wenn der Bundeskanzler an diesem Wochenende nach Washington fliegt, präsentiert er sich dort als Regierungschef auf Aeruf. Der bereits zurückgetretene Minister Westrick wird mit von der Partie sein. Der Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel wird im Augenblick, da er das Flugzeug betritt, wissen, daß fast die Hälfte des Parlaments ihn nicht mehr als Verteidigungsminister sehen möchte. Und wenn es nach Meinungsumfragen gehen würde, könnten die Gastgeber in den USA sogar sagen, dieser Verteidigungsminister ist schon nicht mehr da. Mit dem Kanzler begibt sich ein Außenminister nach Washington, der in den letzten Wochen schon mehrfach den Titel "Der große Schweiger" verdient hat. Dabei weiß man allerdings nicht, ob er deswegen schweigt, weil er sich noch nicht darüber im klaren ist, wo die stärkeren Bataillone im Regierungslager stehen, oder nur deswegen, weil er nichts zu sagen hat.

Und der Kanzler selbst? Er verläßt Bonn mit dem Gefühl, während seiner Abwesenheit könne die nur noch künstlich zusammengehaltene Fassade des Regierungsgebäudes ganz zusammenbrechen.

Das alles ist kein Grund zum Frohlocken. Im Gegenteil. Noch nie mußte ein amerikanischer Präsident einen deutschen Bundeskanzler und deutsche Minister empfangen, denen von allen Seiten - sogar von ihren eigenen Parteifreunden - das Prädikat "Ungenügend" gegeben wird. Was soll unter diesen Umständen bei den Gesprächen in Washington herauskommen? Die Amerikaner sind höflich genug, um sich nicht anmerken zu lassen, daß sie den desolaten Zustand der noch amtierenden Bundesregierung genau kennen. Man wird am Ende der Unterhaltungen wieder ein Kommuniqué herausgeben, durch das zum Ausdruck gebracht wird, wie sehr man in allen wesentlichen Punkten übereinstimmt. Der Kanzler aber wird zurückkommen und verkünden, es sei alles in bester Ordnung.

Das ist eine schlimme Situation. Für die Position der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik wäre es gewiß besser gewesen, wenn der politisch geschwächte Kanzler zu Hause geblieben wäre.

## SINN UND WIRKLICHKEIT

### Anmerkungen zur Verfassung unserer Verfassung

Von Klaus Voigt

Sich über unsere Verfassung Sorgen zu machen, ist nicht nur ein honoriges Nebenprodukt der aktuellen Diskussion über die Stabilisierungsgesetze. Besorgnisse über die Verfassung unserer Verfassung sind vielmehr seit geraumer Zeit latent vorhanden - und dies keineswegs nur unter Sektierern und Besserwissern, sondern gerade unter den Nachdenklichen im Lande. Dabei denken sie zum Beispiel daran, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik heute im Vergleich zu seiner Fassung vom Jahre 1949 wie ein Flickenhemd anmutet; so viele Veränderungen hat es bereits erfahren.

Wie Blut ein besonderer Saft ist, so ist eine demokratische Verfassung etwas ganz anderes als sonstige Verordnungen, Vorschriften und Gesetze. Wenn also jemand davor warnt, allzu unbedenklich am Grundgesetz heranzukorrigieren, dann sollte man ihn mit Ernst anhören. Immerhin sind im Verfassungstext die demokratischen Bürgerrechte und Staatsprinzipien verbrieft. Zu letzteren zählt beispielsweise die vertikale (sprich: föderative) Gewaltenteilung. Wer an die Substanz eines solchen Prinzips rührt und dabei versteckt oder offen an Antistimmungen appelliert, der bewegt sich auf schiefer Ebene.

Im Blick auf die aktuelle Stabilisierungsdiskussion will dieser Hinweis zwar nicht als bedingungsloses Plädoyer für die Form der Staatsverträge und gegen die Version der Grundgesetzänderung verstanden werden. Aber er soll unterstreichen, daß die Warnungen vor dem Agieren auf schiefer Ebene, die in der Bundestagsdebatte der vorigen Woche zu vernehmen waren, nicht ernst genug genommen werden können.

Nun ist es dieser Tage Willy Brandt als angebliche Widersprüchlichkeit angekreidet worden, daß auch er einereits gegen einen allzu unbedenklichen Umgang mit der Verfassung argumentiert hat, andererseits aber selbst eine Ergänzung des Grundgesetzes zu erwägen gab: nämlich die Einführung einer Bestimmung, die einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages eine vorzeitige Parlamentsauflösung ermöglichen würde. Die solche Vorwürfe erhoben, haben offenbar diesen Vorschlag nicht begriffen. Er zielt schlicht darauf ab, den Verfassungssinn vor einer Deformierung durch die Verfassungswirklichkeit zu bewahren.

Bekanntlich in Gedenken an die permanenten Schwächen der Regierungen in der Weimarer Republik hatten die Väter des Grundgesetzes die vielzitierte Formel des konstruktiven Mißtrauensvotums eingeführt. Sie besagt, daß eine Regierung nur durch die Wahl eines neuen Kanzlers von einer Parlamentsmehrheit gestürzt werden kann. Es ging ihnen also darum, eine stärkere Regierungsgewalt zu ermöglichen.

Nun mutet es geradezu an und ist doch wahr: Die verfassungspolitische Schlüsselrolle eben dieser Formel trägt heute nicht zur Handlungsfähigkeit der Regierung bei, sondern sie hilft lediglich ein Kabinett zementieren, das nach allgemeinen, gesicherten Urteil so schwach ist wie noch nie. In der Logik dieses Sachverhalts liegen erschreckende Konsequenzen begründet: Da vorerst kaum jemand in der Koalition gegen Erhard den allzu grell blitzenden "Polch" des konstruktiven Mißtrauens zücken mag, wird sich die Agonie dieses Ka-

binettswohl noch über Jahre hinziehen. Das aber bedeutet - ebenfalls über Jahre hin - die Prolongierung einer etablierten Handlungsunfähigkeit. Und damit wiederum dürfte eine im Innern wie nach außen vielleicht entscheidende Phase auf gefährliche Weise ungenutzt verstreichen. Denn im Innern wäre es jetzt dringlich, die Infrastruktur unserer Industriegesellschaft entschlossen auszubauen; und in der internationalen Politik bewegt sich so viel, daß eine wache deutsche Präsenz zur Existenzfrage wird.

Weshalb die Erfahrungen mit der Weimarer Verfassungsmisere durch die jüngsten Erfahrungen mit der Bonner Verfassungsmalaise förmlich ad absurdum geführt werden konnten, darüber wird noch viel gerätzelt werden. Soviel ist sicher: Wir haben eine Regierungspartei, die zur Gefangenen der Macht wurde, noch ehe sie ihre Fundamente als politische Gemeinschaft festigen konnte - so mangelt es ihr an Souveränität. Und wir haben einen zweiten Kanzler, der in die Schuhe seines Vorgängers nicht hineinpaßt und der zudem die komplexen Sachverhalte einer vielschichtigen Industriegesellschaft in seinem apolitischen Gartenlaube-Denken nie recht begriffen hat. Beides hat dazu beigetragen, die - wie Willy Brandt es ausdrückte - "in Ehren verbrauchte Regierung" in schnell verronnener Jahresfrist seit ihrer Wahlbestätigung zum erstarrten Schatten ihrer selbst zu machen.

In dieser Situation verkehrt sich der Verfassungssinn, der hinter der Regel des konstruktiven Mißtrauensvotums steckt, in die entgegengesetzte Verfassungswirklichkeit. Denn diese Regel wird vom Schild für eine handlungswillige und handlungsfähige Regierung gegen zufällige, bedeutungsarme Stimmungsschwankungen im Parlament zum Schutzgwend für eine handlungsunwillige und handlungsunfähige Regierung gegen einen bedeutungsschweren Stimmungsumschwung im Volke. Es droht somit ein Interregnum von vielleicht schmerzhafter Dauer, obgleich der Regent formal noch regiert.

Willy Brandts Vorschlag ist geeignet, in die Erinnerung zu rufen, daß der Regent in der Demokratie sein Amt nicht von den Gnaden eines undefinierbaren Missionsglaubens, sondern schlicht von Volke ableitet. Und die Verwirklichung dieses Vorschlages würde ganz konkret dem Parlament und seiner Mehrheit die Chance eines weniger elamalen und deshalb eher zumutbaren neuen Starts zuspielen. Sie könnte uns somit - zwar nicht sofort, aber doch später - aus der Sackgasse einer in Agonie dahinsiechenden Regierung heraushelfen.

Der Urheber dieses Vorschlages hat dennoch herbe bis sogar recht rüde Kritik einstecken müssen. Man hat ihm "parteiegoistische Motive" unterstellt und ihn der "Leichtfertigkeit" geziehen. Das bedeutet, daß in Wahrheit seine Kritiker es sind, die hier einer schwierigen Problematik mit höchst unkluger Kurzsichtigkeit und mit Schimpfen begegnen. So wie die Dinge mit der Führungskrise in der Bundesrepublik nun einmal stehen, ist es doch völlig klar: Leichtfertig ist nicht, wer den Verfassungssinn, der eine aktionsfähige und auch tatsächlich agierende Regierung will, vor seiner Beformierung zu bewahren versucht. Leichtfertig handelt vielmehr, wer zwar fortwährend an den gesunden Stellen unserer Verfassung herumdoktert, zugleich aber vor den wirklichen Krankheiten die Augen verschließt.

Harte Brocken für die CDU/CSU

Unbruch im deutschen Katholizismus

Von Dr. Heinz Kornetzki

Das traditionelle Allianzdenken zwischen Unionsparteien und Katholizismus ist seit der Hassel-Krise endgültig in die Brüche gegangen. Schon seit dem Erdrutsch-Sieg der Sozialdemokraten am 10. Juli bahnte sich der Bruch an. Die Attacken katholischer Kirchenzeitungen gegen die Protestanten Erhard, Schröder und von Hassel sind nicht von Pappe. Siebzig Prozent der Bevölkerung würde Erhard als Kanzler ablehnen, Schröders Außenpolitik sei bankrott, und von Hassel möge schnellstens seinen Hut nehmen, heißt es in den Blättern der Bischöfe und Verbände, die noch im Bundestagswahlkampf der Partei Erhards bedingungslos die Stange gehalten haben.

Ebenfalls verschont die katholische Kritik auch die prominenten Katholiken der CDU nicht. So geht die Kirchenzeitung des Bistums Trier in der neuesten Ausgabe mit Fraktionschef Rainer Barzel ins Gericht, weil er angesichts der Bonner Krise empfohlen hat, eine Umbildung der Regierung zugunsten einer Klärung der anstehenden Sachfragen zu verschoben. Das Kirchenblatt: "Der Mann auf der Straße glaubt nicht mehr, daß die Sachfragen zureichend bewältigt werden können ohne eine Änderung der Mannschaft". Barzels Empfehlung sei ein Verstoß gegen die Logik, weil die Sachfragen befriedigend und dauerhaft nur gelöst werden können durch eine neue Regierung. Das Hausblatt von Bischof Matthias Wehr ist damit noch nicht zu Ende: Die CDU soll sich nicht unterstellen, die Krise in Bonn zu bagatellisieren oder gar den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben. Es werde der Union nicht gelingen, die öffentliche Meinung umzudrehen und gegen Tatsachen anzugehen.

Ohne Rücksicht auf Konventionen hatte das Bischofsblatt in der Ausgabe zuvor bereits hinter Erhards soziale Marktwirtschaft ein Fragezeichen gesetzt und nicht ohne Ironie festgestellt, daß Erhard, der Gegner der Planwirtschaft, jetzt planen müsse. "Ohne Korrekturen wird die Wirtschaft leicht zur Beute der Großen und der Mehrheiten, während die Kinderheiten leer ausgehen. Läßt man die Wirtschaft einfach laufen, so entwickeln sich leicht größte Ungerechtigkeiten". belohnt die Kirchenzeitung den Regierungschef - in Grunde mit Wahrheiten aus dem Godesberger Programm der SPD. Das Maß voll für den Kanzler machte das katholische Blatt aus Trier mit der Aufforderung, daß die nötigen planwirtschaftlichen Maßnahmen die Beihilfe der Sozialdemokraten unumgänglich mache und der Regierungschef infolgedessen für ein verbessertes Klima zur Opposition Sorge zu tragen habe. Das setzte voraus - resümierte das bischöfliche Organ -, daß Erhard nicht nur und ausschließlich auf die kleine Koalition setze, sondern beweglicher agiere. Das sind harte Brocken, die da einer politischen Partei verpaßt werden, die sich seit Jahrzehnten anmaßt, der öffentlichen Meinung einzutrichtern, sie stehe exklusiv im Segen der Kirche. Aber der 10. Juli - eine Wende-marke in der Geschichte der Bonner Demokratie - hat den offiziellen Katholizismus zwischen München und Osnabrück heilhörig gemacht. Der Platz bei der CDU ist für ihn kein Platz an der Sonne mehr. Zumal die nachkonziliare Kirche auch schon aufgestanden und gegangen ist.

## Unnötige Gefahren

### "Blindfahrer" auf deutschen Straßen

Von H.G. Ritzel

Vielleicht 90 Prozent der zum Teil mit schweren Folgen endenden Verkehrsunfälle auf Deutschlands Straßen sind auf menschliches Versagen zurückzuführen. Die Überwindung dieses menschlichen Versagens ist ein Erziehungsproblem und eine Aufgabe für alle Behörden, die damit befaßt sind. Die Überwindung technischer Mängel dagegen ist eine Angelegenheit, die durch Recht und Gesetz und durch geeignete Verwaltungsmaßnahmen geregelt werden muß.

Vor einiger Zeit wurde ein Fall bekannt, wonach ein Analphabet von einer deutschen Straßenverkehrsbehörde einen Führerschein erhalten hat. Derartig grober Unfug gehört unbedingt abgestellt. Wenn dieser Mensch einen Unfall verursacht, nur weil er ein Straßenzeichen nicht lesen kann, dann ist nicht er, sondern die Behörde und ihr Versagen daran schuld. Jetzt macht ein deutscher Automobilclub darauf aufmerksam, daß Vorsicht geboten sei, denn zahlreiche Autos seien "blind". Als "blinde" Autos werden die ausländischen Wohnwagengespanne gemeint, die in immer größerer Zahl durch die Bundesrepublik und vor allem auf den Autobahnen fahren. In einer Fachzeitschrift für Verkehrsfragen wird festgestellt, daß viele dieser Autos mit Wohnwagenanhänger wegen fehlender spezieller Seiten- und Rückspiegel am Zugwagen weder nach der Seite noch nach rückwärts genügend Sicht haben. Die Erklärung für diese erstaunliche Tatsache sieht ein deutscher Automobilclub in dem Fehlen einer rechtlichen Handhabe, um auch die ausländischen Wohnwagenfahrer zu zwingen, ebenso wie die deutschen Wohnwagenfahrer Seiten- und Rückspiegel anzubringen.

Wer auf Deutschlands Straßen die ständige Steigerung der Wohnwagenzahl beobachtet, weiß, welche Gefahren allein schon mit dem Vorhandensein dieser Wagen verbunden sind. Wenn man aber noch hinzuzählt, daß die ausländischen Fahrer nicht einmal den gleichen gesetzlichen Bestimmungen unterworfen sind, die für deutsche Fahrer gelten, dann kommt man aus dem Staunen über soviel Mangel an Logik und Inaufmerksamkeit der zuständigen Behörden nicht mehr heraus.

Wenn ein deutscher Automobilist die Grenze überschreitet, dann ist er verpflichtet, gleichviel in welchem Land er nunmehr fährt, die dort geltenden Verkehrsbestimmungen zu beachten. Aus welchem Grunde schafft man in der Bundesrepublik nicht auch entsprechende Verkehrsbestimmungen für ausländische Fahrer, die wir gerne hier sehen, die aber den gleichen Sicherheitsbedingungen unterworfen werden sollen, wie die deutschen Automobilisten auch?

+ + +

Spaniens Kommunisten geben sich "unabhängig"

Ein spät bekannt gewordenes "rumänisches" Kommuniqué

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Mit großer Verspätung ist in Madrid bekannt geworden, daß Spaniens Kommunistenführer sich dem Stil der italienischen und rumänischen KP angeglichen haben und trotz ihres Moskauer und Prager Exils "größere Selbstständigkeit" und völlige "Unabhängigkeit" verlangen. Vom 9. bis zum 15. April 1966 weilte eine spanische KP-Delegation in Rumänien, die Generalsekretär Santiago Carrillo führte. Das Schlusskommuniqué, das erst jetzt in Spanien bekannt wurde, ist ganz in "rumänischem Stil" gehalten. Die rumänische KP sprach seit langer Zeit wieder einmal von völliger Übereinstimmung der Ansichten mit einer Bruderpartei über "grundlegende Fragen des internationalen Lebens sowie der kommunistischen und Arbeiterbewegung".

Die spanische KP hat sich der rumänischen "Unabhängigkeitserklärung" vom April 1964 angeschlossen, wie folgender Passus des Kommuniqués beweist:

- \* "Zugleich sind beide Seiten der Ansicht, daß es für die Erzielung und Festigung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung aufgrund des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus von entscheidender Wichtigkeit ist, die grundlegenden Normen der Beziehungen zwischen den Bruderparteien sowie die Prinzipien der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit jeder Partei, der Nichtmischung in die inneren Angelegenheiten einzuhalten und Fragen gemeinsamer von Partei zu Partei von Führung zu Führung in Geiste gegenseitiger Achtung und des gegenseitigen Respekts zu erörtern."

Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß diese verspätet bekannt gewordene Erklärung unmittelbar nach dem 25. Parteitag der KPdSU abgegeben wurde. Da die spanische KP seit Ende des Bürgerkrieges 1936/39 völlig im Fahrwasser Moskaus segelte, wirkt diese Distanzierung von der sowjetischen KP in Spanien wie eine Sensation. Sie paßt in das neue Schema der spanischen KP, die nach dem Vorbild der italienischen Kommunisten den "Dialog mit den reformwilligen und fortschrittlichen Katholiken" sucht. Dieser "new look" bedeutet gleichzeitig die faktische Entmachtung der "Pasionaria" Dolores Ibarruri und eine Stärkung der Position von Carrillo.